

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023  
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Kompetenzzentrum Rekommunalisierung**

Einzelplan 03 **Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 01 Bezeichnung Ministerium

Produktnummer 013 neu Bezeichnung Kompetenzzentrum Rekommunalisierung

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
<b>Produkterfolgsplan</b>				
<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	0	360.000	360.000

<b>Liquidität</b>			
<b>Einnahmen</b>			
<b>Ausgaben</b>			

<b>Veränderungen in Euro</b>		<b>2024</b>		
		<b>von</b>	<b>um</b>	<b>auf</b>
<b>Produktenerfolgsplan</b>				
<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	0	360.000	360.000
<b>Liquidität</b>				
<b>Einnahmen</b>				
<b>Ausgaben</b>				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Die Strategie von Roland Koch, Hessen in ein "Musterland der Privatisierung" zu verwandeln, ist krachend gescheitert. Insbesondere Private-Public-Partnership Projekte (PPP) führten zu massiven Verteuerungen und Belastungen öffentlicher Haushalte und entziehen sich jeglicher nachträglicher Steuerung und öffentlicher Kontrolle. Deshalb sollen Mittel statt für PPP-Projekte der Landesregierung endlich für eine „Beratungsstelle für Rekommunalisierung“ verwendet werden.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion  
DIE LINKE  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Jan Schalauske**